

***Dies academicus 2009***

***Rede von Herrn Regierungsrat Bernhard Pulver  
Erziehungsdirektor des Kantons Bern***

***5. Dezember 2009***

## **Die Universität - ein Ort des freien Denkens**

Anrede

Mit dem heutigen Tag geht das offizielle Jubiläumsjahr zu „**175 Jahre Universität Bern**“ zu Ende.

Grossartige **Veranstaltungen** verschiedenster Art begleiteten das Jahr und ermöglichten einen vielseitigen Einblick in die Universität Bern. Es gelang der Universität, sich offen, modern und kreativ zu präsentieren.

Ich **danke allen herzlich**, die zum Gelingen des Jubiläumsjahres beigetragen haben.

Ich benütze den Abschluss dieses Jubiläums, um nochmals auf **meine Vision für die Universität Bern** einzugehen.

Einiges schliesst an Dinge an, die ich am letzten Dies gesagt habe, in einigen Bereichen möchte ich aber insbesondere auf die aktuellen Debatten zur Hochschulpolitik eingehen. Namentlich:

- die **aktuellen Debatten** in den Medien über Praxisbezug und Forschungsqualität an der Universität .
- und die **Revision des Universitätsgesetzes**.

Meine Damen und Herren,

Welches ist die **Rolle Universität** für Gesellschaft und Wirtschaft?

Herr Rektor Würigler hat es an der 175 Jahr-Feier im Münster klar gesagt: **Die Universität hat eine langfristige Aufgabe**, die nicht Spielball der kurzfristigen Optik oder des Utilitarismus sein darf. Dem stimme ich zu.

Meines Erachtens spielt die Universität eine **sehr aktive Rolle für den Standort Kanton Bern**. Zahlreiche ihrer Lehr- und Forschungsergebnisse haben sehr direkte Auswirkungen auf unseren Alltag, auf unsere Wirtschaft.

- Denken wir beispielsweise an die konkreten Ausbildungen von Fachleuten in zahlreichen Berufen,
- etwa Juristinnen und Juristen oder Medizinerinnen und Mediziner

- oder die fachliche Ausbildung der Gymnasiallehrkräfte.
- Oder denken wir an Forschungsergebnisse in Bereichen wie Klima, Medizinaltechnik oder auch Islamwissenschaften, um einige wenige zu nennen! Diese haben hohe Relevanz für unser Leben.

Am Fakultätstag zeigte zum Beispiel die medizinische Fakultät wunderschön auf, wie sehr die Arbeiten unserer Universität den Menschen ganz konkret das Leben erleichtern können – ich denke hier an das Hörimplantat von Professor Dr. Rudolf Häusler.

- Denken wir an die zahllosen **Projekte**, bei denen kantonale, nationale oder internationale Unternehmen und Institutionen mit unserer Universität **zusammenarbeiten**. Die Universität Bern nimmt bei der Drittmittelaquisition bekanntlich einen Spitzenplatz ein.

Es gäbe zahlreiche weitere Beispiele. Es kann nicht gesagt werden, unsere Universität arbeite *hors sol* und ihre Arbeiten hätten keine Praxisrelevanz.

\*

\* \*

Gleichzeitig möchte ich aber klar festhalten: **Es ist nicht die Aufgabe einer Universität, ausschliesslich direkt praxisrelevante Lehre und Forschung anzubieten.**

Die Universität hat einen Beitrag zur Analyse und zur Weiterentwicklung der Gesellschaft und Wirtschaft von heute zu leisten. **Sicher.** Und sie tut das wie gezeigt auch sehr intensiv.

**Die Rolle einer Universität ist es aber ebenso, oder noch vielmehr, die Gesellschaft und Wirtschaft von morgen zu ermöglichen.**

Und das bedeutet, jenseits von allem Utilitarismus, auch über Dinge nachzudenken und zu for-

schen, die heute eben gerade noch *keine* direkte Praxisrelevanz haben.

Die Hochschule wird erst dann die Innovationen der Zukunft ermöglichen:

- Wer hätte je gedacht, wie mit dem **Internet** sozusagen ein Abfallprodukt der Forschung des CERN eines Tages unserer Gesellschaft einen Quantensprung in der Kommunikation ermöglichen würde.
- Wer weiss heute, ob die Forschungen – auch am Fakultätstag im Frühjahr vorgestellt – unserer Universität am **Südzipfel Südamerikas** nicht dereinst die entscheidende Schlüsselinformation zu einem klimatologischen – oder anderen! – Problem liefern werden.
- Und noch einmal: Wer dachte jemals, wie wichtig dereinst gute Kenntnisse der **islamischen Kultur** auch – oder gerade – für die Politik sein könnten?

Meine Damen und Herren,

Ich bin überzeugt: Es muss in diesem Bildungssystem einen **Ort des freien Denkens** geben. Einen Ort, wo auch einmal ein **Mathematiker** jahrelang über eine Formel nachdenkt, von der wir noch nicht wissen, ob ihre Lösung uns der-einst wirklich ein wesentliches Problem lösen hilft.

Der amerikanische Bildungsreformer Abraham Flexner hat 1932 gesagt, ich zitiere:

*„Die Chemie hat keine Fortschritte gemacht, so-lange man nur darauf bedacht war, unedle Me-talle in Gold zu verwandeln, sie kam vielmehr erst voran, als man von ihrem praktischen Nut-zen absah.“*

\*

\* \*

Damit meine ich – wie gesagt – nicht, unsere Universität solle nicht in vielen Bereichen auch sehr praxisrelevant forschen und arbeiten. Gleichzeitig reicht aber eben ihre Funktion weit über das hinaus.

Unsere Universität vollbringt meines Erachtens diesen **Spagat** zwischen praxisrelevanter Arbeit und dem Denken für die Zukunft sehr gut.

Beziehungen und Zusammenarbeit mit Unternehmungen und Institutionen sollen aus Sicht des Regierungsrats weiter verstärkt und intensiviert werden. Schon nur zur guten Verankerung unserer Universität in Wirtschaft und Gesellschaft! Gleichzeitig soll der Raum des freien Denkens erhalten und gestützt werden.

Diese Überlegungen zur Rolle der Universität führen mich zu zwei weiteren Gedanken:

- Zur Gestaltung der Studiengänge – Stichwort Bologna und:
- Zur Frage der Autonomie

### **(Gestaltung der Studiengänge / Verschulung des Studiums)**

Wenn die Universität ein Ort des freien Denkens sein soll, muss sich dies auch in der Gestaltung der Lehre widerspiegeln.

Studierende wie auch Dozierende – namentlich der Geisteswissenschaften, aber nicht nur! – berichten, dass mit Bologna die Verschulung der Studiengänge zugenommen hat.

Was früher für einzelne Studiengänge - etwa für die Medizin - gegolten hat, ist heute eigentlich für alle Studien gang und gäbe. Nämlich eine

sehr starke Strukturierung, die das Jagen nach ECTS-Punkten geradezu fördert. Sie alle wissen, wovon ich spreche.

Ich will keineswegs frühere Zeiten idealisieren. Ich weiss auch, dass eine stärkere Strukturierung der Studiengänge, namentlich im Bachelorstudium, für den Studienerfolg hilfreich sein kann. Gleichwohl braucht es auch heute die entsprechenden **Freiräume**, in denen das Denken für die Zukunft ermöglicht wird.

Selbständige Menschen zu fördern heisst für mich, Ihnen auch mit einer genügenden Menge **Vertrauen** entgegenzutreten.

Als Beispiel wurde in letzter Zeit etwa die offenbar um sich greifenden Präsenzkontrollen an einzelnen Vorlesungen kritisiert. Für diese Kritik habe ich grosses Verständnis. Präsenzkontrollen an Vorlesungen – wo ja nachher eine Leistungskontrolle stattfindet – sind für mich kein Instrument für eine Hochschule.

Ich möchte in den nächsten Jahren der Art der Umetzung von Bologna besondere Beachtung schenken.

Die Universitätsleitungen sind aufgefordert, zu prüfen, welche Anpassungen notwendig sind, um den Studierenden auch die entsprechenden **Gefässe** und **Freiräume** zu ermöglichen.

Sie tun das auch bereits. Etwa im Rahmen der CRUS finden solche Überlegungen statt. Bologna ist ja ein Prozess der nicht von den Universitäten selbst ausging.

Es war ja bisher vor allem die Politik, die in Richtung „Verkürzung der Studiengänge“ drückte. Ich bin mir bewusst: meine hier vertretene Haltung stellt einen politischen Paradigmawechsel dar.

## **(Autonomie)**

Das zweite Thema in diesem Zusammenhang ist die Autonomie.

Sie wissen, dass dies in Bezug auf die Universität für den Regierungsrat ein **zentrales Thema für diese Legislatur** darstellte.

Dies aus zwei Gründen:

**Erstens:** Ich bin überzeugt von der Notwendigkeit einer **stufengerechten Steuerung**.

Als Regierungsrat will ich Dinge beeinflussen, in denen ich Kompetenzen habe (oder zumindest haben sollte!). Dort will ich nicht nur scheinbar steuern, sondern wirklich Einfluss nehmen können.

Deshalb schlagen wir in der Universitätsgesetzrevision vor, dass

- das politisch-strategische Steuerungsinstrument des **Leistungsauftrags** verstärkt wird
- das die Zusammenarbeit im Sinne des Controllings (to control: steuern) verstärkt wird.
- und dass der Regierungsrat bei der Besetzung der **Universitätsleitung** als zentrales Führungsorgan auch wirklichen Einfluss auf das Verfahren und die Zusammensetzung der **Universitätsleitung** nehmen kann.

Das sind meines Erachtens – neben der Aufsicht und der Gesetzgebung – die **echten Kompetenzfelder** einer Regierung. Und hier soll sie auch **wirklich Einfluss** nehmen, und über die entsprechenden Instrumente verfügen.

Umgekehrt soll die Politik unseres Erachtens nicht über Dinge entscheiden, für die diejenigen die Verantwortung übernehmen sollen, die auch

für die Verwirklichung der Ziele des Leistungsauftrags gerade stehen, etwa:

- Entscheide über **Forschungsschwerpunkte**
- **Entscheide über die innere Organisation**
- Entscheide darüber, mit **welchen Personen** diese Lehrstühle besetzt werden sollen oder
- Die konkrete Verwendung des Globalbudgets: Stichwort „Beitragssystem“.

In diesen Bereichen braucht es eine genügende Selbstständigkeit der Universität.

Das sind auch die grossen Linien der vom Regierungsrat in die Vernehmlassung gegebenen Revision des Universitätsgesetzes.

Im Einzelnen kann man sicher über die eine oder andere Bestimmung noch diskutieren – was der Regierungsrat in den nächsten Tagen und anschliessend auch der Grosse Rat ja sicher noch ausführlich tun wird. In den grossen Linien scheint mir das jedoch die richtige Richtung zu sein.

\*

\* \*

**Der zweite Punkt**, wieso ich für die Stärkung der Autonomie bin (neben der erwähnten stufengerechten Steuerung, was ja eher ein technischer Aspekt ist):

**Lehre und Forschung brauchen, um erfolgreich zu sein, genügend Freiheit.**

Das ist aus Sicht der Politik eine schwierige Diskussion, ich weiss.

Ich habe mich in den letzten Jahren im Grossen Rat gegen eine Reihe von Wünschen gewehrt, der Universität Vorgaben in Bereichen zu machen, die mir sehr am Herzen liegen:

- ökologische Wirtschaft,
- Palliativmedizin,
- Alternativmedizin, usw.

Die politischen Vorstösse sind für mich positive Zeichen der Auseinandersetzung der Politikerinnen und Politiker mit dem Hochschulbereich.

Und doch bin ich überzeugt, dass es falsch ist, wenn die Politik bis auf die Ebene der Lehr- und Forschungsinhalte durchgreift.

Die Politik soll steuern, **welche Studiengänge** die Universität anbietet und **welche strategischen Ziele** darin verfolgt werden sollen (etwa Nachhaltige Entwicklung, Gender-Fragen oder Förderung des einheimischen Nachwuchses).

Sie soll aber **nicht konkrete Lehrstühle oder Forschungsschwerpunkte vorgeben.**

Es wäre gefährlich, wenn die **Mittelfristigkeit der politischen Legislatur** auf **die Langfristigkeit** universitärer Lehre und Forschung übertragen würde.

Damit würden wir die Universität in ihrer Entwicklung bremsen: **Sie müsste sich immer wieder nach diesen politischen Wünschen ausrichten** – und dann je nach Erziehungsdirektor oder politischer Mehrheit im Regierungsrat oder im Grossen Rat ihre Arbeit wieder korrigieren.

**Forschungserfolg aber braucht langen Atem.** Braucht auch **Zufälle, Personen** mit genialen Ideen, die zu einem bestimmten Zeitpunkt an der Universität sind und dann die Grundlage zu einem Forschungsschwerpunkt legen.

Das kann man nicht politisch vorgeben – man kann es aber politisch abwürgen:

Beginnen wir, auf Grund aktueller politischer Anliegen – so nahe sie mir sein mögen – der Uni-

versität direkte Vorgaben zu machen, umso weniger werden wir das Vertrauen der Forscherinnen und Forscher und unserer Partnerinnen und Partner haben, dass an dieser unseren Universität **langfristiges „freies Denken“ möglich ist** und aus Forschungsideen langfristig grundlegende Erkenntnisse kommen können.

Die Forschung entwickelt sich nicht durch utilitaristische Vorgaben, sondern durch die Erkenntnisse der Forschenden. Das ist das Geheimnis einer funktionierenden Universität.

\*

\* \*

Erlauben Sie mir noch eine letzte Bemerkung in Bezug auf aktuelle Diskussionen zur Maturitätsquote:

Die schweizerische **Akademie der Wissenschaften** hat in der Publikation „Zukunft Bildung Schweiz“ dazu aufgerufen, den Anteil von Personen mit einem höheren Bildungsabschluss gezielt anzuheben.

Die Akademie ist in ihren Überlegungen zum Teil missverstanden worden. Ihr „Weissbuch“ beinhaltet spannende inhaltliche Ansätze.

Was die Frage des Anteils der Personen mit höherem Abschluss anbelangt: Der Weg zum Erfolg führt meines Erachtens nicht über ein Anheben der Maturitätsquote wie oft in den Medien dargestellt wurde. Vielmehr führt der Weg des Erfolgs über eine **überdurchschnittliche Qualität** der gymnasialen Abschlüsse.

Ein hohes Niveau des Gymnasiums stellt sicher, dass die Maturandinnen und Maturanden einen

möglichst uneingeschränkten Zugang zu den Hochschulen erhalten und die Universität auch die Studierenden hat, die eine hohe Qualität von Forschung und Erkenntnis ermöglichen.

Das Nebeneinander von Berufs- und Mittelschulbildung, das gleichzeitige hohe Niveau der Universität und die Stärke der Berufsbildung mit ihrer genialen Verbindung von Theorie und Praxis, ist gerade eine Stärke des schweizerischen Bildungssystems. Und ein zentraler Erfolgsfaktor unserer Wirtschaft. Gerade auch in Krisenzeiten.

Mit einer Maturitätsquote von 32% im Jahr 2008, wovon die gymnasiale Maturitätsquote bei 18,2% und die Berufsmaturitätsquote bei 13,8% lagen, befindet sich der Kanton Bern im schweizerischen Vergleich im Mittelfeld. Diese Aufteilung scheint mir gut zu sein.

Sie konnten in der Zeitung lesen, dass die Erziehungsdirektion grosses Gewicht auf die Sicherstellung der Qualität des Gymnasiums legt.

Entsprechend wurde im Rahmen einer Mittelschulkonferenz und auf Grund eines Mittelschulberichtes vorletzte Woche breit über den Ist-Zustand der Gymnasien und allfällige Massnahme diskutiert.

Ich danke der Universität Bern für ihr aktives Mitmachen in dieser Arbeit, namentlich auch im Rahmen der neuen Kommission Gymnasium-Hochschulen, welche durch den Vizerektor Lehre der Universität Bern präsiert wird.

Ich komme zum Schluss.

Das Verhältnis von politischer Steuerung und „freiem Denken“ steht in einem **Spannungsfeld**.

**Die Universität muss akzeptieren** – und sie tut dies auch –, dass die Politik ihr Vorgaben machen muss.

**Umgekehrt muss die Politik akzeptieren**, dass sie der Universität weder ins Detail, noch in die Ausrichtung der Forschung reinreden soll und darf.

In diesem Spannungsfeld **braucht es eine gute und enge Zusammenarbeit zwischen der Universität** – vertreten durch ihre Leitung – **und dem Regierungsrat** – vertreten durch die Erziehungsdirektion.

Ich habe in den letzten Jahren erleben dürfen, dass diese Zusammenarbeit und Absprache **gut funktioniert**. Ich lege weiterhin viel Gewicht auf diese Zusammenarbeit.

Eine Universität braucht mehr als gute Rahmenbedingungen. Denn letztlich trifft die Aussage von Lord Haldane von 1912 noch heute zu wenn er sagt: *„In den Universitäten widerspiegelt sich die Seele eines Volkes“*

Die Universität braucht deshalb eine **Politik**, die hinter ihr steht. Die ihre spezifische Rolle anerkennt.

Und: Sie braucht **Persönlichkeiten** die bereit sind, den wichtigen öffentlichen Auftrag zum Wohle der Gesellschaft zu erbringen. Glücklicherweise gibt es heute an der Universität Bern hervorragende Persönlichkeiten mit dieser Bereitschaft.

Ich danke allen Angehörigen der Universität, dass ich in den letzten vier Jahren mit diesen Persönlichkeiten eine so gute Zusammenarbeit haben durfte.

- Natürlich in erster Linie die Universitätsleitung mit ihrem Rektor, Herrn Prof. Würgler und den anderen Mitgliedern.
- Dem Senat.
- Den Fakultäten mit ihren Dekanen und ihren Professorinnen und Professoren.
- Dem Mittelbau und allen übrigen Mitarbeiterinnen Mitarbeiter der Universität
- Und natürlich den Studierenden.

Sie alle machen unsere Universität zu dem, was sie ist: eine Institution, auf die wir in diesem Kanton stolz sein dürfen!

Weitere 175 Jahre!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!